

# Costa Rica Mediareport

## Reformen im öffentlichen Sektor

*Nach den hohen Ausgaben der Regierung der letzten Jahre und besonders während der Finanzkrise wurde auch in Costa Rica die Notwendigkeit zu Sparmaßnahmen erkannt. Im Fokus der Regierung stehen dabei die Gehälter im öffentlichen Dienst, die eine große Belastung des Staatshaushaltes darstellen.*

Die Verdienstmöglichkeiten im öffentlichen Sektor sind in Costa Rica außergewöhnlich hoch und in den letzten Jahren trotz der Finanzkrise sogar noch deutlich gestiegen. Zwischen 2008 und 2013 ist ein Anstieg von ca. 60 Prozent des durchschnittlichen monatlichen Einkommens für Beschäftigte der Regierung zu verzeichnen und ein Anstieg von ca. 45 Prozent in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Damit wurde die Differenz zum privaten Sektor noch vergrößert und das durchschnittliche Einkommen im öffentlichen Sektor im Vergleich zum privaten beträgt nun mehr als das Doppelte. Die enormen Probleme, die sich daraus für den Staatshaushalt und die Wirtschaft ergeben, wurden erkannt und eine Reform war eines der zentralen Wahlversprechen der jetzigen Regierung unter Präsident Luis Guillermo Solís. Die Pläne für eine Kürzung der Gehälter und Pri-

vatisierung einzelner Sektoren stießen bisher aber auf den Widerstand der Gewerkschaften und bergen großes politisches und gesellschaftliches Konfliktpotenzial.

Nach Protesten gegen die Reformen riefen sowohl Präsident Solís [als auch Vertreter der Kirche die Gesellschaft zu Zusammenhalt angesichts der großen finanziellen Probleme Costas Ricas auf](#). Von einigen Gewerkschaftsvertretern waren derweil erste Gesprächsangebote an die Regierung zu vernehmen. Die offensichtlichen Probleme werden zwar auch von den Gewerkschaften anerkannt, jedoch lässt sich kein Wille zu deren Lösung erkennen und [die vorgeschlagenen Reformen der Regierung werden abgelehnt](#). Angesichts dieser Blockadehaltung musste auch Präsident Solís die Schwierigkeit bei der Umsetzung seiner Reformen anerkennen. In einem Zeitungsinterview sagte er: „Es wird ein Kraftakt, besser zu investieren die Ausgaben zu mäßigen.“ Er sprach von [langfristigen Zielen, deren Auswirkungen erst in 15 bis 20 Jahren zu spüren sein werden](#). Ob er selbst zu diesem Kraftakt fähig ist, bleibt jedoch angesichts seiner bisherigen Politik fraglich: Nach eineinhalb Jahren im Amt hat er nun begonnen, in Gesprächen mit

*„Es wird ein Kraftakt, besser zu investieren und die Ausgaben zu mäßigen.“*

*Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Griechenland-Krise findet in Costa Rica nicht statt.*

## IMPRESSUM

Costa Rica Mediareport  
Ausgabe 3/2015, August 2015

### Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
Auslandsbüro Costa Rica  
und Panama

Avenida 3, Calle 78 A  
640-1000 San José  
Costa Rica

Telefon: +506 2296 6676  
E-Mail: info.costarica@kas.de  
Web: <http://kas.de/costa-rica>

### Redaktion

Verantwortlich:  
Stefan Burgdörfer,  
Leiter des Auslandsbüros  
Costa Rica/Panama

Mitarbeit: Micha Messerschmidt

[Expräsidenten die Lage zu sondieren](#), wofür er in den (sozialen) Medien Kritik bis Spott erntete.

Die Hoffnung vieler auf einen schnellen wirtschaftlichen Aufschwung und Verbesserung der finanziellen Situation mit der neuen Regierung hat sich damit wohl vorerst zerschlagen.

## DIE GRIECHENLANDKRISE AUS SICHT COSTA RICAS

Während es in den letzten Wochen in den europäischen Medien kaum ein anderes Thema gab, stößt die Griechenland-Krise in den costa-ricanischen Medien nur auf ein relativ geringes Echo. Auf dem vorläufigen Höhepunkt der Verhandlungen mit Griechenland dominierten weiterhin nationale Themen die Titelblätter der führenden Zeitung *La Nación*, während sich Berichte über Griechenland erst im internationalen Teil der Zeitung fanden.

Die wenigen Berichte, die es über die Griechenland-Krise gibt, beruhen auf Agenturmeldungen und sind wenig analytisch. Die Vorstellung von einem historisch gebotenen Einigungswerk gibt es für die eigene Region nicht, und so wird auch die aktuelle Krise nicht im Licht der Gefahren gesehen, die sie für die Europäische Union bedeutet. Deshalb werden lediglich Zahlen zu Schuldenhöhen aufgezählt, Reformvorschläge

genannt und Politiker zitiert, die sich von Amts wegen äußern, ohne jedoch die Bedeutung der Aussagen bewerten zu können. Eine kritische Betrachtung der Auswirkungen der Krise oder einem Zusammenhang mit der eigenen wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Situation findet kaum statt.

Die Zeitung *El Mundo* hat die Symptome des pleitebedrohten Griechenland mit eigenen Problemen verglichen und folgende Gemeinsamkeiten festgestellt: Hohe Gehälter im öffentlichen Dienst, teure staatliche Institutionen mit vielfach unklaren oder doppelt vergebenen Kompetenzen, geringe Transparenz staatlicher Finanzen, ein Pensionssystem am Rande des Zusammenbruchs, Inaktivität der Regierung aus Angst vor Widerständen.

Die vor diesem Hintergrund initiierte Debatte im Parlament war jedoch eine rein nationale. Europa ist zu weit weg, die eigenen Probleme sind zu groß und die Gründungsgedanken der Europäischen Union sind den Politikern, Journalisten und Bürgern Costa Ricas zu fremd, als dass die Griechenland-Krise prominent diskutiert und in ihrem Umfang erfasst würde.